

DIE GESELLSCHAFTLICHE KONSTRUKTION VON SICHERHEIT

Zur medialen Vermittlung und Wahrnehmung der Terrorismusbekämpfung

Terroristische Anschläge können verheerende Folgen haben. Sie können Leben zerstören, sie können Angst und Schrecken erzeugen, und sie können Gesellschaften verunsichern. Doch nicht nur terroristische Aktionen, auch terroristische Bedrohungen sind real. Obgleich sie von Erwartungen und nicht von Tatsachen handeln, die schon eingetreten sind, sind Bedrohungen, zum Beispiel als Befürchtungen oder in Form von Angst, erlebbar und erfahrbar. Auch können Bedrohungen sichtbar sein. Wir können die Zeichen lesen, die uns eine Gefahr anzeigen. In der Terrorismusbekämpfung – wie übrigens bei terroristischen Anschlägen – ist genau dies im Spiel: die Zeichen, die Deutung, die Diskussionen um den Terrorismus und vor allem die terroristische Bedrohung. Sie alle formen unsere Wahrnehmung dieser Bedrohung bzw. bringen diese in gewisser Weise erst hervor. Deutungen und Sinnzuschreibungen sind freilich notwendig. Wir könnten uns ohne sie nicht darüber verständigen, mit was für einer Art von Bedrohung und ob wir es überhaupt zum Beispiel mit einer terroristischen Bedrohung zu tun haben.

Wenn diese Fragen nicht selten umstritten sind, so ist das nicht nur auf unterschiedliche Meinungen oder Interessen, sondern überhaupt auf unterschiedliche Einschätzungen zurückzuführen. Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit setzt an dieser Frage an, wie wir zu unseren Einschätzungen von Bedrohungen bzw. zu einem Gefühl von Sicherheit oder auch Unsicherheit gelangen. Dabei gehen die Autoren davon aus, dass gesellschaftliche Konstruktionen nicht allein Deutungen und Sinnzuschreibungen sind. Die Wahrnehmung von Bedrohungen ist vielmehr wesentlich medial vermittelt, und das heißt durch die Massenmedien, vor allem das Fernsehen, aber auch durch die Sicherheitsmaßnahmen und Überwachungstechnologien selbst.

Eine einfache Antwort darauf, wie man sich den Zusammenhang zwischen „tatsächlichen“ Anschlägen einerseits, Mediendarstellungen, politischen Diskursen und Sicherheitsmaßnahmen andererseits und schließlich der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Bedrohungen bzw. Sicherheit vorstellen muss, lässt sich nicht geben. Ein unmittelbarer Zusammenhang, soviel ist allerdings gewiss, zwischen terroristischen Aktionen und gesellschaftlicher Verunsicherung ist nicht ableitbar. Mehr noch macht eine solche Aussage sozialwissenschaftlich betrachtet überhaupt keinen Sinn, weil man davon ausgehen muss, dass auch tatsächliche Aktionen stets vermittelt kommuniziert werden müssen. Die kriminologische Forschung zur „subjektiven Sicherheit“ hat überdies gezeigt, dass über das Thema von Kriminalität und Terrorismus hinaus hier noch ganz andere Aspekte eine zentrale Rolle spielen. Sicherheit ist eben auch soziale Sicherheit, abhängig auch von der Zufriedenheit mit der eigenen, ökonomischen und sozialen, Lebenssituation; und entscheidend ist schließlich auch die „politische Kultur“, das heißt, ob und in welcher Weise die Bürger politisch einbezogen werden und vor allem, ob sie ihrer Regierung und staatlichen Institutionen vertrauen können. Sicherheitsdiskurse und Sicherheitsmaßnahmen führen keineswegs unbedingt zu mehr (subjektiver) Sicherheit, im Gegenteil. Sicherheitsmaßnahmen und Überwachungstechnologien können auch Unsicherheit erzeugen, und Diskurse über

Sicherheit, so lautet ein zentrales sozialwissenschaftliches Argument, haben vor allem eine Funktion: Sicherheitsmaßnahmen zu initiieren und zu begründen.

SICHERHEIT ALS MODERNES PROBLEM

Die vorliegende Studie lotet deshalb zunächst die „Logik der Sicherheit“ selbst aus: Sicherheit ist ein spezifisch modernes Problem, und das heißt einerseits verhaftet in einer Vorstellung von Machbarkeit und einem Ideal von Sicherheit, die unbedingt erstrebenswert ist, und andererseits mit der Chance und Fähigkeit versehen, die Widersprüche dieser Sicherheitsvorstellungen reflektieren zu können. Eines der Paradoxa liegt darin, dass Sicherheit stets mit einem Nicht-Wissen zu kämpfen hat: mit Gefahren und Bedrohungen, die noch nicht eingetreten sind und die wir in diesem Sinne auch noch nicht kennen – während wir aber schon meinen, agieren zu müssen, um die Bedrohung abzuwehren. Die Regierung der Sicherheit muss deshalb mit diesem Wissensmangel, sie muss selbst mit Ungewissheit fertig werden. Zugleich ist genau dies ihr Potenzial: Sicherheitsmaßnahmen können sich selbst begründen.

SICHERHEIT IN DEN MEDIEN

Die gesellschaftliche Bedrohungs- und Risikowahrnehmung lässt sich zunächst mit Blick auf die Rolle von Massenmedien bestimmen. Dabei macht die in der Medienwirkungsforschung und auch in der Kriminologie verbreitete Kritik an einer Überzeichnung, Verzerrung und übertriebenen Darstellung des „Terrorismus-Themas“, so der Ansatzpunkt hier, wenig Sinn: Es fehlt der objektive Referenzpunkt. Vielmehr bilden mediale Darstellungen eine eigene Realität aus, und als solche sind sie daraufhin zu analysieren, welche Bilder vom Terrorismus, von einer Bedrohung und dem „Sinn“ von Sicherheitsmaßnahmen sie zeichnen.

BEDROHUNGS- UND RISIKOWAHRNEHMUNG

Die Befragungen zur Bedrohungs- und Risikowahrnehmung von terroristischen Anschlägen in der Bevölkerung wiederum lassen kaum ein einheitliches Bild erkennen. Zwar hat sich in einigen Studien gezeigt, dass sich die wahrgenommene allgemeine Bedrohung durch terroristische Anschläge durchaus auf einem ähnlichen Niveau mit existenziellen, gesundheitlichen und sozialen Bedrohungsfaktoren bewegt. Die Antworten sind jedoch methodisch in vielfacher Hinsicht kritisch zu bewerten. Eine Schlussfolgerung für die sozialwissenschaftliche Forschung wäre demnach, nicht nur Einstellungen und Einschätzungen abzufragen, sondern vielmehr das tatsächliche Verhalten der Bürger zu untersuchen: Stimmt die „gefühlte“ und gesagte Bedrohung damit überein, dass sich die Bürger aus bestimmten Zonen zurückziehen oder sich von bestimmten Praktiken abhalten lassen? Die lebensweltliche Relevanz ist auch ein Indikator für die gesellschaftliche Relevanz des Themas – und eine Maßgabe für die Herstellung einer politischen Kultur des Umgangs mit Sicherheitsfragen.

AKZEPTANZ UND VERTRAUEN

Dabei haben Studien zur Akzeptanz von Sicherheitstechnologien – etwa am Beispiel des digitalen Fingerabdrucks – gezeigt, dass politische Einstellungen und tatsächliches Verhalten, also die tatsächliche Nutzung einer Technologie, wiederum nicht einfach auf einen Nenner zu bringen sind. Die Frage, ob man sich beispielsweise für die Aufnahme des Fingerabdrucks in den Personal-

ausweis entscheidet, hängt vielmehr nicht unerheblich von situativen Faktoren (der Interaktion mit Behördenmitarbeitern, praktischen Anforderungen der Antragstellung usw.) ab. Auch muss eine kritische Einschätzung der Technik oder der Sicherheitspolitik insgesamt keineswegs zu einer direkten Ablehnung der Nutzung führen. Ebenso sagt auch der Informationsstand über die rechtlichen und technischen Möglichkeiten der Technologie noch wenig über die Entscheidung bzw. das Verhalten selbst aus. Umgekehrt bedeutet die Nutzung einer Technologie keineswegs, dass man sie akzeptiert. Die Bürger zeigen sich durchaus als mündig und haben eigene Ansprüche an Privatheit, Datenschutz und Rechtssicherheit. Technische Prozesse müssen dafür nicht vollständig durchschaut werden. Auch sind die Bürger durchaus nicht so verunsichert, wie Politik und auch die Wissenschaft das offenbar manchmal gern hätten. Vielmehr erweist sich das vielfach in den Vordergrund gestellte „Bedürfnis nach Sicherheit“ als eine Frage des Vertrauens in die Politik.

SICHERHEIT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Gesellschaftspolitisch geboten ist daher zuallererst die Förderung bzw. Unterstützung einer demokratischen Kultur, die rechtliche und politische (Selbst-)Kontrollmechanismen im Feld der Sicherheit einschließt. Die Sicherheitspolitik seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 lässt hier zu wünschen übrig. So muss das Argument der notwendigen Geheimhaltung allzu oft dafür herhalten, dass der Sinn und Nutzen von Sicherheitsmaßnahmen und -strategien obskur bleibt.

Zu einer funktionierenden politischen Kultur gehören zivilgesellschaftliche Kräfte. Diese zu stärken und im Sinne einer Kultur der Resilienz auch die Handlungs- und Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung zu fördern, ist für sich genommen begrüßenswert. Allerdings ist eine zentrale Voraussetzung auch hier, dass Erwartungen und Probleme behördlicherseits klar kommuniziert und entsprechende Infrastrukturen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Resilienz kann kein staatliches Ausstiegsprogramm aus der Sicherheitsversorgung sein.

Die Frage ist allerdings, was Sicherheit jeweils bedeutet. Grundsätzlich sind die Bürger nur begrenzt dafür verantwortlich zu machen, für ihre Sicherheit selbst zu sorgen. Aufgabe des Staates ist es nach wie vor, seine Bürger zu schützen, auch vor staatlichen Übergriffen und Kontrollambitionen im Namen der Sicherheit.

Dies heißt, entsprechende gesetzliche Regelungen zu treffen und dafür Sorge zu tragen, dass diese auch durchgesetzt werden können.

Dazu gehört ferner, demokratische Kontrollmechanismen in der Sicherheitsgesetzgebung zuzulassen und z.B. geeignete strukturelle Voraussetzungen für Evaluationsverfahren zu schaffen. Sicherheitsgesetze müssen auch wieder zurückgenommen werden können.

Vom Versprechen absoluter Sicherheit oder der Sicherheit als einem Grundrecht gilt es Abschied zu nehmen. Dies täuscht vor, dass der Staat seinen Bürgern Sicherheit garantieren kann, und es täuscht darüber hinweg, dass wir auf diese Weise selbst eine Gesellschaft der Kontrolle und der Kultur des Verdachts kreieren.

Das „Bedürfnis nach Sicherheit“ lässt sich schließlich auch anders ansprechen. Eine politische Gemeinschaft stellt sich auch über ihr Selbstverständnis als eine faire und mündige Gesellschaft her, und auch eine funktionierende demokratische Kultur schafft Sicherheit.

Ansprechpartner: Dr. Lars Gerhold
Leiter der Koordinierungsstelle
Forschungsforum Öffentliche Sicherheit

Susanne Krasmann, Bettina Paul, Christina Schlepper, Sylvia Kühne, Reinhard Kreissl (2014):
Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit. Zur medialen Vermittlung und Wahrnehmung
der Terrorismusbekämpfung

ISBN print: 978-3-944675-02-2 ISBN online: 978-3-944675-03-9

Die Vollversion der Studie ist erhältlich unter www.schriftenreihe-sicherheit.de

Das 2009 an der Freien Universität Berlin gegründete Forschungsforum Öffentliche Sicherheit (www.sicherheit-forschung.de) führt Forschung unterschiedlicher Disziplinen zu sicherheitsrelevanten Themen zusammen und trägt dazu bei, zukünftig relevante Forschungsthemen zu identifizieren. Hauptsächlich geschieht dies durch Workshops und Expertisen zu verschiedenen Facetten der Sicherheitsforschung. Ziel ist es, wissenschaftliche Handlungsempfehlungen aus diesem heterogenen Feld zu generieren und für Politik, Industrie, und Organisationen der Sicherheit zugänglich zu machen. Die Idee zu diesem Projekt entstand auf Anregung des am Bundestag gegründeten Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit e.V., dem Abgeordnete aller Parteien sowie Stakeholder aus Behörden, Wirtschaft und Wissenschaft angehören.



Impressum: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit
 Freie Universität Berlin
 Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10
 12165 Berlin

Tel: +49 - (0)30 - 838 573 67
Fax: +49 - (0)30 - 838 4 573 67
www.schriftenreihe-sicherheit.de
kontakt@schriftenreihe-sicherheit.de